Gemeinderatstagebuch zur Sitzung vom 08.02.2021

Die öffentliche Gemeinderatssitzung am 08.02.2021 fand aufgrund der Corona-Pandemie mit umfassenden Schutzvorkehrungen für die Sitzungsteilnehmerinnen und Sitzungsteilnehmer, sowie für die Besucherinnen und Besucher, erneut in der Mehrzweckhalle in Starzach-Wachendorf statt. Unter anderem wurde die Haushaltssatzung 2021 eingebracht und ein Aufstellungsbeschluss zum Bebauungsplan „Bienenstraße, 1. Änderung“ gefasst.

Bürgermeister Noé verweist zu Beginn der Sitzung darauf, dass die Gemeinderatssitzung aufgezeichnet wird und per Livestream im Internet über einen Link auf der Gemeindehomepage übertragen wird. Die Aufzeichnung bleibt rund 1 Woche zur Einsicht gespeichert. Außerdem wird die neu erworbene Akustikanlage eingesetzt. Aufgrund der Corona-Pandemie sind alle Sitzungsteilnehmer verpflichtet, ihren medizinischen Mundschutz während der Sitzung dauerhaft aufzubehalten, sofern keine nachweisbaren medizinischen Gründe dagegensprechen. Die in der vergangenen öffentlichen Gemeinderatssitzung beschlossene Hauptsatzung und Geschäftsordnung sind den Gremiumsmitgliedern zusammen mit der Tagesordnung zur heutigen Gemeinderatssitzung zugegangen.

Fragestunde für Kinder, Jugendliche und Einwohner/-innen

Es werden keinerlei Fragen an den Vorsitzenden gerichtet.

Bekanntgabe nichtöffentlich gefasster Beschlüsse

Der Vorsitzende gibt mehrere in nichtöffentlicher Sitzung des Gemeinderats vom 21.12.2020 gefasste Beschlüsse bekannt. Demnach beschloss das Gremium eine Richtlinie zur Höhergruppierung von Kinderpfleger*Innen, sowie die konkrete Höhergruppierung einer Kinderpflegerin. Außerdem stimmte das Gremium für die Probezeitverkürzung und Beförderung der Hauptamtsleiterin. Des Weiteren beschloss das Gremium die Nichtausübung von 3 Vorkaufsrechten.

Entscheidung über den Beitritt zum Zweckverband Klärschlammverwertung Böblingen (kbb)

Die Entsorgung der bei der kommunalen Abwasserbehandlung anfallenden Klärschlämme unterliegt den gesetzlichen Bestimmungen der Verordnung über die Verwertung von Klärschlamm, Klärschlammgemisch und Klärschlammkompost (Klärschlammverordnung). Seit 03.10.2017 ist die Neuordnung der Klärschlammverordnung in Kraft. Mit dieser Neufassung verbietet der Gesetzgeber aus Vorsorgegründen die bodenbezogene Verwertung von Klärschlamm, z.B. als Dünger. Auf diese Weise soll die Einbringung von giftigen und/oder belastenden Stoffen (z.B. Nitraten) und Mikroplastik in die Böden und damit in die Nahrungskette nachhaltig vermieden werden.

Die Gemeinde Starzach entsorgt den Klärschlamm, welcher auf der Kläranlage Wachendorf anfällt, aktuell über die Firma MSE (Mobile Schlammmentwässerungs GmbH) aus Karlsbad-Ittersbach.

Die Kosten der Entsorgung sind infolge der Novelle der Klärschlammverordnung deutlich angestiegen. Neben den Entsorgungskosten spielt auch die **Entsorgungssicherheit** eine große Rolle. Die Monoverbrennung von Klärschlamm, also die ausschließliche thermische Behandlung von Klärschlamm in einer Verbrennungsanlage unter Ausschluss anderer Brennstoffe, wird die zentrale Rolle in der Klärschlammverwertung einnehmen.

Bereits jetzt sind die in Baden-Württemberg bestehenden Klärschlammmonoverbrennungsanlagen auf den Klärwerken Stuttgart und Karlsruhe sowie auf der Kläranlage Steinhäule (Neu-Ulm, Bayern) weitgehend ausgelastet. Mit der Novelle der Klärschlammverordnung und der Forderung nach einer Phosphorrückgewinnung wird die Nachfrage nach Monoverbrennungskapazitäten erheblich zunehmen. Aus diesem Grunde wurde der Zweckverband Klärschlammverwertung Böblingen (kbb) gegründet.

Im Rahmen einer Machbarkeitsstudie wurde für die in Zukunft beteiligten Kommunen und Zweckverbände ein Preiskorridor für die Entsorgung zwischen **80 € bis 100 € brutto pro Tonne Klärschlamm in Originalsubstanz (vorentwässerter Klärschlamm)** ermittelt. **Nicht enthalten** sind in dieser Berechnung die **Kosten für den Transport des Klärschlammes** zur Anlage nach Böblingen.

Grundsätzlich befürwortet die Verwaltung einen Beitritt zum Zweckverband kbb, da hierdurch vor allem eine langfristige Kontinuität mit entsprechender Entsorgungssicherheit gewährleistet werden kann. Die anfallenden Kosten schätzt die Verwaltung in Abstimmung mit dem Ingenieurbüro ISW als angemessen und im Vergleich mit der bisherigen Entsorgungsvariante als wirtschaftlich vertretbar ein. Da jedoch von Seiten der Verwaltung und dem Gemeinderat die Absicht besteht, die Kläranlage Wachendorf mittelfristig stillzulegen und die Abwasserentsorgung des Teilortes Wachendorf anderweitig zu organisieren, wird für die Kläranlage Wachendorf kein Beitritt vorgeschlagen. Über die Satzung des Zweckverbandes Klärschlammverwertung Böblingen ist ein möglicher Wiederaustritt aus dem Zweckverband nicht geregelt. Dies käme jedoch zum Tragen, wenn die Kläranlage Wachendorf stillgelegt werden würde. Da der Betrieb der Verbrennungsanlage erst im Jahr 2027 startet, wäre der Nutzen für die Gemeinde, vor dem Hintergrund einer mittelfristigen Stilllegung der Kläranlage Wachendorf, sehr begrenzt und hinsichtlich eines Wiederaustrittes aus dem Zweckverband mit Risiken und unangemessen hohem Verwaltungsaufwand verbunden. Deshalb wird vorgeschlagen, weiterhin eine Klärschlammbearbeitung und einen Abtransport über die Firma MSE vornehmen zu lassen. Für den Abwasserzweckverband Börstingen würde sich aus oben genannten Gründen ein Beitritt lohnen. Deshalb wurde am 22.02.2021 eine Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes terminiert, um eine entsprechende Entscheidung herbeizuführen.

Daraufhin fasst der Gemeinderat **einstimmig** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat beschließt, dem Zweckverband Klärschlammverwertung Böblingen (kbb) **nicht** beizutreten.
2. Der Gemeinderat spricht sich für einen Beitritt des Abwasserzweckverbandes Börstingen zum Zweckverband Klärschlammverwertung Böblingen (kbb) aus und beauftragt diesbezüglich die in die Verbandsversammlung des Abwasserzweckverbandes Börstingen entsendeten Gremiumsmitglieder der Gemeinde Starzach, für den Beitritt des Abwasserzweckverbandes Börstingen zum Zweckverband Klärschlammverwertung Böblingen (kbb) zu stimmen.

Aufstellung des Bebauungsplans „Bienenstraße 1. Änderung“ im Ortsteil Bierlingen nach § 13a BauGB

Hier: - Aufstellungsbeschluss

- Auslegungsbeschluss

Frau Krieger führt aus, dass der Gemeinderat in öffentlicher Sitzung am 19.10.2020 den Grundsatzbeschluss zur Aufstellung des Bebauungsplans „Bienenstraße 1. Änderung“ gefasst hat. Bis zur Sitzung am 21.12.2020 hatte die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Büros GAUSS Ingenieurtechnik GmbH und HPC AG die Planungsunterlagen erstellt. Diese sind dem Gemeinderat per Drucksache zur Sitzung am 21.12.2020 zugegangen.

Zwischen Versand der Unterlagen und Sitzungstermin ist die Vorhabenträgerin mit einem Änderungswunsch an die Verwaltung herangetreten. Dafür mussten die schriftlichen Planunterlagen (Begründung, Planungsrechtliche Festsetzungen und Örtliche Bauvorschriften) und der zeichnerische Teil angepasst werden.

Die Verwaltung schlägt vor, das genannte Vorhaben weiter zu verfolgen.

Daraufhin fasst der Gemeinderat **einstimmig** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat fasst den Aufstellungsbeschluss für den Bebauungsplan „Bienenstraße 1. Änderung“ mit den Planunterlagen (Planungsrechtliche Festsetzungen, Örtliche Bauvorschriften, Begründung), dem zeichnerischen Teil (jeweils Stand 17.12.2020) sowie der Artenschutzrechtlichen Relevanzprüfung, Stand 02.12.2020.
2. Der Gemeinderat beauftragt die Gemeindeverwaltung mit der Durchführung der Beteiligung der Öffentlichkeit nach § 3 Abs. 2 BauGB sowie der Beteiligung der Behörden und sonstiger Träger öffentlicher Belange nach § 4 Abs. 2 BauGB.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

Vergabeentscheidung zur Erstellung eines Feuerwehrbedarfsplans für die Gemeinde Starzach

Nach § 3 Abs. 1 des Feuerwehrgesetzes Baden-Württemberg hat jede Gemeinde auf ihre Kosten eine den örtlichen Verhältnissen entsprechende leistungsfähige Feuerwehr aufzustellen, auszurüsten und zu unterhalten. Hierfür ist es erforderlich, dass eine Feuerwehrbedarfsplanung erstellt bzw. regelmäßig fortgeschrieben wird. In der Regel hat eine Feuerwehrbedarfsplanung einen mittelfristigen Zeithorizont von etwa 5 Jahren. Auch hinsichtlich zu beantragender Zuwendungen für z.B. die Beschaffung von Fahrzeugen und ggfs. für den Neubau eines Feuerwehrhauses nach der Verwaltungsvorschrift des Innenministeriums über Zuwendungen für das Feuerwehrwesen (VwV Z-Feu) ist ein geltender Feuerwehrbedarfsplan unabdingbar, da hiermit die feuerwehrtechnische Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit solcher Investitionen nachgewiesen werden kann.

Letztmals verabschiedete der Gemeinderat am 28.07.2014 eine Feuerwehrbedarfsplanung für die Freiwillige Feuerwehr der Gemeinde Starzach.

Nachdem die Verwaltung mehrere Dienstleister zur Abgabe eines Angebotes aufgefordert hat, sind lediglich Angebote eines Dienstleisters bei der Verwaltung eingegangen. Die Firma Luelf & Rinke Sicherheitsberatung GmbH aus Viersen bietet sowohl eine Kompakt-Fortschreibung als auch eine vollständige Neuankfertigung der Feuerwehrbedarfsplanung an.

Die Verwaltung befürwortet die Beauftragung der Firma Luelf & Rinke Sicherheitsberatung GmbH mit der Kompakt-Fortschreibung des Feuerwehrbedarfsplans.

Daraufhin fasst der Gemeinderat **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

Die Arbeiten zur Kompakt-Fortschreibung der Feuerwehrbedarfsplanung für die Freiwillige Feuerwehr Starzach werden an die **Firma Luelf & Rinke Sicherheitsberatung GmbH aus Viersen** mit einer **Angebotssumme von 13.137,60 €brutto** vergeben.

Annahme von Spenden und ähnlichen Zuwendungen

Hier: Spendenzeitraum 4. Quartal 2020

In seiner Sitzung am 26. Juni 2006 hat der Gemeinderat Starzach festgelegt, dass die Verwaltung dem Gemeinderat nach Ablauf eines Quartals die eingegangenen Spenden Dritter vorlegt, über deren Annahme der Gemeinderat im Rahmen eines „einfachen Verfahrens“ beschließt. Die jeweiligen Geldspenden für den Zeitraum des 4. Quartals 2020 betragen insgesamt 10.636,95 €. Eine Einzelaufstellung liegt den Gemeinderäten vor.

Daraufhin fasst der Gemeinderat **einstimmig** folgenden **Beschluss**:

Der Gemeinderat stimmt der Annahme der Spenden im abgelaufenen 4. Quartal 2020 zu und beauftragt die Verwaltung, die entsprechenden Spendenbescheinigungen zu erteilen.

Einbringung des Haushaltsplanentwurfs für das Haushaltsjahr 2021

Bürgermeister Noé bezieht sich bei seiner diesjährigen Haushaltsrede zum Haushaltsplanentwurf 2021 auf das ausgearbeitete Planwerk, welches den Gemeinderäten als Tischvorlage zur Gemeinderatssitzung vorgelegt wurde.

Die finanziellen Auswirkungen der weltweiten und deutschlandweiten Konjunkturerinbrüche, bedingt durch die Folgen der **Corona-Pandemie** und deren Maßnahmen, wirken sich deutlich auf den aktuellen Haushaltsplanentwurf und auf die mittelfristige Finanzplanung aus. Des Weiteren wirkt sich die erneut **rückläufige Einwohnerzahl** (- 7 Einwohner gegenüber dem Vorjahr) mit den damit verbundenen finanziellen Auswirkungen im Bereich des kommunalen Finanzausgleichs negativ auf den Haushaltsplan 2021 aus. Konkret bedeutet dies, dass sich für die Gemeinde Starzach aus den **Finanzbeziehungen mit dem Land und dem Landkreis**, sowie dem geplanten Rückgang beim Gemeindeanteil an der Einkommenssteuer, ein geringerer Gesamtsaldo gegenüber dem Vorjahr von **ca. -369.000 €** ergibt, trotz bereits im Haushaltsplanentwurf einkalkulierten Hebesatzerhöhungen bei den Grundsteuern.

Der Planentwurf 2021 hat im **Ergebnishaushalt ein veranschlagtes Gesamtergebnis von rund -799.756 €** (Vorjahr: rund -190.552 €), welches sich aus der Summe des Gesamtbetrages der **ordentlichen Erträge in Höhe von 9.699.700 €** (Vorjahr: 9.789.473 €) und der Summe des Gesamtbetrages der **ordentlichen Aufwendungen in Höhe von 10.499.456 €** (Vorjahr: 9.980.025 €) ergibt. Im **Finanzhaushalt** wird ein **Zahlungsmittelbedarf des Ergebnishaushalts in Höhe von -498.156 €** (Vorjahr Zahlungsmittelüberschuss in Höhe von +68.528 €) ausgewiesen. **Der Gesamtbetrag der Einzahlungen beträgt 9.086.800 €** (Vorjahr: 9.293.773 €). **Der Gesamtbetrag der Auszahlungen liegt bei 9.584.956 €** (Vorjahr: 9.225.245 €). **Der Finanzierungsmittelbedarf aus Investitionstätigkeit liegt im Haushaltsplanentwurf 2021 bei -3.867.500 €** (Vorjahr: -97.700 €). Somit liegt der veranschlagte Finanzierungsmittelbedarf in Summe (Zahlungsmittelüberschuss Ergebnishaushalt und Finanzierungsmittelbedarf Investitionstätigkeit) bei -4.365.656 € (Vorjahr: -29.172 €). Unter Einbeziehung der Einzahlungen und Auszahlungen im Bereich der Finanzierungstätigkeit ergibt sich eine **veranschlagte Änderung des Finanzierungsmittelbestandes (Saldo des Finanzhaushalts) in Höhe von -417.995 €** (Vorjahr: +99.977 €). Für die geplanten **Investitionen bzw. Investitionsförderungsmaßnahmen** in Höhe von **5.206.100 €** (Vorjahr: 660.900 €) ist eine **Kreditaufnahme in Höhe von 4.082.500 €** veranschlagt. **Verpflichtungsermächtigungen** sind im Haushaltsjahr 2021 in Höhe von **13,5 Mio. €** geplant.

Speziell dieser Haushalt verdeutlicht, wie stark andere Faktoren sich auf den Starzacher Haushalt auswirken, welche die Gemeinde selbst nicht oder nur sehr gering beeinflussen kann. Aus Sicht des Vorsitzenden könne Baden-Württemberg nur dann erfolgreich in die Zukunft blicken, wenn es u.a. starke Städte und Gemeinden mit ausreichender Finanzkraft gibt. Neben der geplanten Kreditaufnahme, der weiter ansteigenden Personalkosten, der neuen Ausgleichs- und Genehmigungsregeln für den Haushalt, ist seitens der Verwaltung im Rahmen der Haushaltsplanberatungen eine Diskussion über weitere Gebühren- oder Steueranpassungen vorgesehen. Ebenfalls muss eine Entscheidung hinsichtlich sog. Ersatzdeckungsmittel getroffen werden. Ziel müsse es erneut sein, einen generationengerechten, ressourcenorientierten und damit zukunftsfähigen Haushalt zu beschließen. Es müsse deshalb konsequent am bisherigen Konsolidierungskurs weiter festhalten werden. Gleichzeitig müssen diejenigen Entscheidungen getroffen werden die dazu beitragen, die Lebensqualität in Starzach zu halten und mit nachhaltigen Investitionen weiter zu stärken. Hierfür sei er auch bereit, Kredite aufzunehmen. Dies vor allem im Zusammenhang mit dem Thema: „Bildung und Betreuung“. Generell stehen auch im Planwerk 2021 die Erfüllung von Pflichtaufgaben, die Sicherung und Verbesserung der Daseinsvorsorge, der öffentlichen Sicherheit und Ordnung sowie der Nachhaltigkeit im Vordergrund.

Die Verwaltung schlägt folgende Maßnahmen im **Finanzhaushalt** vor, die mit dem Gemeinderat zum Teil bereits vorbesprochen und zum Teil auch schon in früheren Sitzungen beschlossen wurden:

• Grundstückserwerb	40.000 €
• Baulandumlegung Oberer Mühleweg	10.000 €
• Sanierung Rathaus Wachendorf	1.000.000 €
• Erweiterung/Neubau der Grundschule – Planungs-/Verfahrenskosten	800.000 €
• Erweiterung Kindertagesstätte Wachendorf	1.500.000 €
• Erstellung eines Quartierskonzepts für den Teilort Felldorf (Restkosten)	25.000 €
• Erneuerung von Schachtbauwerken für die Wasserversorgung	40.000 €
• Herstellung öffentliches WLAN (Restkosten)	8.000 €
• Sanierungsmaßnahmen auf der Kläranlage im Teilort Wachendorf	110.000 €
• Kanalsanierungsmaßnahmen Teilort Börstingen	200.000 €
• Ausbau des Oberen Mühlewegs im Teilort Wachendorf (Restkosten)	200.600 €
• Ausbau Wohn-/Freizeitgebiet (WFG) Holzwiesen (Restkosten)	242.100 €
• Straßensanierung Buchenweg	50.000 €
• Sanierung der Brücke „Honorsmühle“ auf Markung Felldorf	115.000 €
• Mauersanierung Schulstraße im Teilort Börstingen (Restkosten)	45.000 €
• Anschaffung einer Urnenwand für den Friedhof Bierlingen	16.000 €
• Erwerb einer Beteiligung an der Kommunalgesellschaft der Netze BW	600.000 €
• Beschaffung einer Akustikanlage (Restkosten)	25.400 €
• Ausstattungsgegenstände Verwaltung (Server, Büromöblierung)	60.000 €
• Ausstattungsgegenstände Bauhof	20.000 €
• Ausstattungsgegenstände Freiwillige Feuerwehr	8.000 €
• Neuanschaffungen für die Starzacher Kinderspielplätze	28.000 €
• Förderung Privatmaßnahmen nach dem Landessanierungsprogramm	30.000 €
• Investitionskostenzuschuss für den Lückenschluss Neckartalradweg	12.000 €

Des Weiteren wird für die Realisierung eines Ausbaus der Starzacher **Kindertagesstätten** im Jahr 2022, bezüglich der Restkosten zur Sanierung des Rathausgebäudes im Teilort Wachendorf und für die Grundschulerweiterung in den Jahren 2022 bis 2024 eine **Verpflichtungsermächtigung** in Höhe von 13.500.000 € veranschlagt.

Im **Ergebnishaushalt** 2021, in welchem die laufenden Aufwendungen und Erträge verbucht werden, ist mit **Personalmehraufwendungen von rund 2,85 % gegenüber der Haushaltsplanung 2020** zu rechnen. Dies liegt fast ausschließlich an den bereits ausgehandelten Tarifsteigerungen und Besoldungserhöhungen.

Für laufende Sanierungen an den Gemeindestraßen sind rund 100.000 € eingestellt.

Wie in den vergangenen Jahren wird im Haushaltsplanentwurf 2021 ebenfalls eine Entwicklung der Gesamtverschuldung der Gemeinde Starzach dargelegt. **Seit 2004 bis Ende 2020 hat sich die Gesamtverschuldung von rund 7.061.877 € auf 4.712.790 € reduziert.** Die Pro-Kopf-Verschuldung nahm in dieser Zeit von ca. 1.624 €/Einwohner auf 1.087 €/Einwohner, also um ca. 33,23 % ab, **obwohl in diesem Zeitraum weit über 26 Mio. € investiert wurden.** Mit Ausblick auf die folgenden Haushaltsjahre wird der Verschuldungsgrad aus Sicht der Verwaltung deutlich ansteigen, damit die notwendigen Maßnahmen wie z.B. die Baulandentwicklung, die Grundschulerweiterung und der Ausbau der Kindertagesstätten erfolgen können. Die abschließende Beratung und Beschlussfassung sieht die Verwaltung für die Gemeinderatssitzung am 08.03.2021 vor; Ersatztermin wäre die Gemeinderatssitzung am 26.04.2021.

Anhand einer PowerPoint-Präsentation stellt Herr Wannemacher anschließend die Eckdaten des Haushaltsplanentwurfes 2021 vor. Hierbei geht er auf die dringende Notwendigkeit ein, **Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen im Ergebnishaushalt** (Erträge und Aufwendungen des laufenden Betriebs) zu beraten und zu beschließen, damit in den Folgejahren das Gesamtergebnis verbessert, die anfallenden Abschreibungen erwirtschaftet und die Kredittilgungen über den laufenden Betrieb finanziert werden können. Die Genehmigungsfähigkeit zukünftiger Haushaltssatzungen hänge seiner Einschätzung nach hiervon entscheidend ab. Mehrere Vorschläge hierzu zeigt die Verwaltung anhand einer Tischvorlage und anhand der Ausführungen im Vorbericht des Haushaltsplanentwurfes 2021 (Seite 32) bereits auf.

Daraufhin **nimmt** der Gemeinderat die Ausführungen zur Einbringung des Haushaltsplanentwurfes 2021 **zur Kenntnis.**

Arbeiten zur Sanierung eines Teilabschnitts der Schulstraße im Teilort Börstingen mit samt angrenzender Stützmauer

Hier: Sachstandsbericht entstehende Mehrkosten-/Zusatzleistungen und Beschlussfassung über die Art der Einfriedung

Bürgermeister Noé führt aus, dass hinsichtlich der Baumaßnahme ursprünglich von **Mehrkosten in Höhe von rund 25.800 € (brutto)** ausgegangen wurde. Zieht man hiervon die „eingesparten“ 7.656 € (brutto) für das entfallene Sandstrahlen inklusive Farbanstrich für die Stützmauer ab, so musste von **tatsächlichen Mehrkosten in Höhe von 18.100 € (saldiert)** ausgegangen werden.

Mittlerweile liegt die Schlussrechnung (noch ungeprüft) der ausführenden Baufirma vor. Erfreulich ist nun, dass durch Einsparungen in den Straßenbaupositionen die Kosten reduziert werden konnten. Dies liegt unter anderem daran, dass der Straßenunterbau in einem besseren Zustand war als ursprünglich angenommen. Auch die Abwicklung der Maßnahme unter Berücksichtigung der befristeten Mehrwertsteuersenkung im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie trug positiv zur Höhe der Schlussrechnung bei. Verglichen mit der Vergabesumme schließt die Tiefbaumaßnahme nun mit **Mehrkosten in Höhe von 12.254,67 € (brutto) bzw. 4.598,67 € (saldiert)** ab. Trotz der entstandenen Mehrkosten ist aus Sicht der Verwaltung die Sanierungsmaßnahme erfolgreich durchgeführt und abgeschlossen worden. Eine entsprechende Abnahme hat bereits am 25.11.2020 stattgefunden.

Noch offen ist die Entscheidung, wie mit der Einfriedung umgegangen werden soll. Ursprünglich war geplant, den bisherigen Lattenzaun zu ersetzen. Die Materialien hierfür sind bereits beim Bauhof vorhanden. Aufgrund geänderter Anforderung, die jedoch rechtlich für den Innenbereich nicht ganz klar sind, stellte sich die Frage, ob nicht eine andere Einfriedung erfolgen soll. Nach bisheriger Rechtslage würde der nunmehr vorhandene Anschlag von über 8 cm für Autos ausreichen. Fraglich ist die rechtliche Situation z.B. für die Nutzung der Straße durch Radfahrer. Für den Außenbereich gibt es hierzu klare Regeln, die eine Mindesthöhe von 1,50 m verlangen.

Durch das Ingenieurbüro Gauss wurden entsprechende Kostenschätzungen erstellt. So würde ein Stahlgeländer nach ZTV auf ca. 72.000 € (brutto) kommen. Eine Einfriedung, wie sie aktuell beim Lückenschluss des Neckartalradwegs zwischen Börstingen und Sulzau installiert wurde, läge bei rund 18.500 € (brutto).

Nach eingehender Beratung fasst der Gemeinderat **einstimmig** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat nimmt die Ausführungen zu den entstandenen Mehrkosten zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, diese im Rahmen der Haushaltsplanung 2021 bereitzustellen.
2. Der Gemeinderat beschließt die Ausführung der Einfriedung wie bisher vorgesehen bzw. in Form eines Schutzgeländers in Holz. Die Einfriedung soll eine Höhe von 1 Meter aufweisen und mit verzinkten Stahlpfosten befestigt werden.
3. Die Verwaltung wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

Änderung der Gebührensatzung über die Benutzung der Starzacher Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen

Der Gemeinderat hat im Rahmen der Haushaltsplanberatungen in der Sitzung vom 25.05.2020 mehrheitlich den Einzelbeschluss gefasst, dass die Verwaltung dem Gemeinderat bis spätestens zur Sommerpause einen Entwurf für eine Reduzierung der Benutzungsgebühren für die örtlichen Bürgerhäuser und Sporthallen vorlegt. Außerdem wurde mehrheitlich beschlossen, dass die örtlichen Vereine ab dem Jahr 2021 je eine gebührenfreie Veranstaltung erhalten sollen. Lediglich die Kosten für Strom sind zu bezahlen. Im Gegenzug verpflichten sich die örtlichen Vereine in den Ortschaften einmal im Jahr eine Großreinigung, einen sogenannten Großputz, in den örtlichen Bürgerhäusern oder Sporthallen durchzuführen. Sowohl eine Gebührenänderung als auch eine Gebührenbefreiung bei Abhaltung eines Großputzes müssen für eine korrekte Anwendung in die bestehende Gebührensatzung über die Benutzung der Starzacher Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen eingearbeitet werden. Die Thematik wurde mehrfach vertagt und wird nun in der heutigen Sitzung aufgerufen.

Die Verwaltung spricht sich gegen eine Gebührenreduzierung aus. Der durchschnittliche Kostendeckungsgrad der Benutzungsgebühren für die öffentlichen Einrichtungen liegt unter 40%. Die Verwaltung ist der Ansicht, dass der Kostendeckungsgrad für die Starzacher Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen nicht noch weiter sinken sollte, zumal die Bereitstellung von Bürgerhäusern und Mehrzweckhallen keine Pflichtaufgabe der Gemeinde darstellt.

In Abstimmung mit den Hausmeistern der Gemeinde wurde ein Leistungskatalog erstellt, welcher dem Gemeinderat bereits zur Sitzung am 21.12.2020 zugesandt wurde.

Grundsätzlich spricht sich die Verwaltung jedoch, wie bereits in der Gemeinderatssitzung vom 25.05.2020 ausgeführt, gegen die Einführung einer „Großputzregelung“ aus.

GR Thomas Hertkorn spricht sich für die Festlegung einer Großputz-Regelung aus.

GR Michael Rilling stimmt GR Thomas Hertkorn zu. Der von der Verwaltung vorformulierte Satzungsentwurf sollte dahingehend abgeändert werden, dass nur die Benutzungsgebühr im Falle eines durchgeführten Großputzes erlassen werden sollte. Die Hausmeister-/Reinigungsgebühr sollte trotzdem erhoben werden, da die Vereine immer die für den Hausmeister- und Reinigungsdienst anfallenden Kosten tragen sollten. Die ursprünglich von Seiten der Fraktion „Zukunft.Starzach“ vorgesehene Gebührensenkung soll aufgrund der derzeitigen Haushaltslage nicht umgesetzt werden. Diesbezüglich werde der Ursprungsantrag zurückgezogen.

Nach eingehender Beratung fasst der Gemeinderat bei **3 Gegenstimmen** folgende **Beschlüsse**:

1. Der Gemeinderat beschließt die Änderung der Gebührensatzung über die Benutzung der Starzacher Bürgerhäuser und Mehrzweckhallen. Es soll eine Regelung zur Durchführung eines jährlichen Großputzes durch örtliche Vereine gemäß vorgelegtem Satzungsentwurf mit der Maßgabe erfolgen, dass bei Erfüllen der Kriterien lediglich die Benutzungsgebühr erlassen werden soll.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, das Erforderliche zu veranlassen.

Verbot des Einsatzes von Glyphosat und Neonicotinoiden auf verpachteten kommunalen Flächen

Die Fraktion „Bürgervertretung Starzach (BVS)“ hat der Gemeindeverwaltung einen Antrag vorgelegt, welcher in einem ersten Schritt in öffentlicher Gemeinderatssitzung am 23.07.2018 beraten wurde. In diesem Zusammenhang wurde mehrheitlich beschlossen, auf allen **kommunalen Flächen innerhalb geschlossener Ortschaften** der Gemeinde Starzach und auf den **eigen bewirtschafteten Grünflächen und Streuobstwiesen im Außenbereich** auf den Einsatz von Glyphosat und Neonicotinoiden zu verzichten.

In der heutigen Sitzung soll nun auf der Grundlage des Antrags der Fraktion „Bürgervertretung Starzach (BVS)“ der Einsatz von Glyphosat und Neonicotinoiden auf **verpachteten kommunalen, landwirtschaftlich genutzten Flächen im Außenbereich** verboten werden. Die Bewirtschaftung von landwirtschaftlichen Flächen der Gemeinde Starzach im Außenbereich erfolgt ausschließlich durch Dritte. Dies ist jeweils durch einen Landpachtvertrag zwischen Gemeinde und Bewirtschafter geregelt. Die Kündigungsfrist beträgt regelmäßig 6 Monate bis zum Ablauf des Pachtjahres. In allen geregelten Fällen muss somit bis spätestens zum 30.04. gekündigt werden, falls das bestehende Pachtverhältnis zum 31.10. desselben Jahres nicht mehr bestehen soll. Da eine mögliche Verbotregelung nur durch Änderung der bestehenden Landpachtverträge Gültigkeit erlangen kann, wäre dies aufgrund von Kündigungsfristen erst zum 01.11.2021 möglich. Eine entsprechende Änderungskündigung der Landpachtverträge müsste bis spätestens 30.04.2021 erfolgen.

Aus den Formulierungen in den zwischen Gemeinde und Landwirten vereinbarten Landpachtverträgen wird deutlich, dass die Gemeinde Starzach den Fokus auf einen angemessenen Umweltschutz legt und den Boden-, Gewässer- und Artenschutz als sehr wichtig erachtet. Der Antrag der BVS-Fraktion ist demnach als Konkretisierung der bereits bestehenden Regelungen zu verstehen, wonach direkt der Einsatz von Glyphosat und Neonicotinoiden als boden-, gewässer- und artenschädlich eingestuft wird und direkt verboten werden soll.

Grundsätzlich befürwortet die Verwaltung eine deutliche Reduzierung des Glyphosat- und Neonicotinoid-Einsatzes. Es sollte jedoch eine diesbezügliche Entscheidung flächendeckend auf Bundesebene getroffen werden. Die Verwaltung schlägt vor, die Altverträge unverändert bestehen zu lassen und bei Neuverträgen ein entsprechendes Verbot der Spritzmittel in den Landpachtvertrag mit aufzunehmen.

Daraufhin fasst der Gemeinderat bei **einer Enthaltung** folgenden **Beschluss**:

1. Der Gemeinderat beschließt, den Einsatz von Glyphosat und Neonicotinoiden auf allen kommunalen Flächen der Gemeinde Starzach explizit zu verbieten und die bestehenden Landpachtverträge zu kündigen.

Weitergehend **lehnt** der Gemeinderat bei **4 Ja-Stimmen** folgenden Beschlussvorschlag **ab**:

2. Die bestehenden Landpachtverträge sollen erst mit Wirkung zum 31.10.2022 gekündigt werden, um anschließend Neuverträge mit einem entsprechenden Verbot des Einsatzes von Glyphosat und Neonicotinoiden abschließen zu können.

(Infolge der Ablehnung des Beschlussvorschlags nehmen alle Gremiumsmitglieder zur Kenntnis, dass somit eine Kündigung der bestehenden Landpachtverträge mit Wirkung zum 31.10.2021 erfolgen wird.)

Abschließend fasst der Gemeinderat bei **2 Enthaltungen** folgende **Beschlüsse**:

3. Private Dienstleistungsunternehmen, die den Auftrag zur Pflege öffentlicher Flächen erhalten, werden in Zukunft verpflichtet, auf den Einsatz von Glyphosat und Neonicotinoiden zu verzichten.
4. Die Gemeinde initiiert in Zukunft bienen- und insektenfreundliche Blühflächen oder Projekte.
5. Die Gemeinde informiert in Zukunft die Bürger*innen über die Bedeutung von Biodiversität in der Gemeinde und gleichzeitig über Möglichkeiten zum Schutz von Bestäubern wie Hummeln, Bienen und Wildbienen sowie giftfreie Maßnahmen beim Gärtnern aufzeigt. (Internet Starzach, Aufgabe für TP Bauen und Wohnen, bzw. Soziales).

Bekanntgaben

Aktuelle Corona-Situation

Der Vorsitzende führt aus, dass sich bis zum aktuellen Zeitpunkt (08.02.2021) insgesamt 265 Personen in Starzach in häusliche Absonderung (Quarantäne) begeben mussten. Insgesamt waren 138 Personen infiziert. Aktuell sind derzeit 2 Personen infiziert und weitere 3 Personen sind in häuslicher Absonderung. Mutationen des Corona-Virus sind bisher in Starzach nicht bekannt.

Grabaushub Friedhöfe

Bereits in der Gemeinderatssitzung vom 21.12.2020 informierte Bürgermeister Noé das Gremium, dass der in Starzach seit vielen Jahren tätige Dienstleister bezüglich der Grabaushebungen auf den Friedhöfen in Sulzau und Wachendorf seine Preise stark erhöhen will. Mittlerweile wurde der Vertrag mit dem Dienstleister gekündigt. Die Grabaushebungen übernimmt seit 01.02.2021 nun die Firma WFB Friedhofsarbeiten und Baureparaturen GmbH aus Dornstetten, welche auch bereits die Arbeiten auf den Friedhöfen in den anderen Teilorten ausübt.

Sperrung Landesstraße L370

Die Landesstraße L370 zwischen Börstingen und Sulzau wurde wegen Baumfällarbeiten im Zeitraum vom 21.12.2020 bis 23.12.2020 gesperrt. Die Arbeiten konnten planmäßig durchgeführt und abgeschlossen werden.

Organisationsgutachten

Das abschließende Organisationsgutachten der Gemeindeprüfungsanstalt bezüglich der Verwaltungsorganisation und -struktur wird der Verwaltung voraussichtlich Ende Februar 2021 vorliegen. Aufgrund der Einladungsfristen wird die Thematik erst auf die Tagesordnung der Sitzung am 26.04.2021 genommen.

Geschwindigkeitsmessgerät

Auf Hinweis von GR Stefan Schweizer wurde das Geschwindigkeitsmessgerät im Bereich der Imnauer Straße im Teilort Wachendorf auf dessen Aussagekraft überprüft. Das Gerät zeigt mittlerweile sowohl bei Überschreitung als auch bei Einhaltung der erlaubten Geschwindigkeit das richtige Smiley an. Unglücklich sei die farbliche Darstellung des Smileys: Bei Einhaltung der Mindestgeschwindigkeit wird die # Geschwindigkeitsanzeige in roter Farbe dargestellt. Dies ist leider nicht zu ändern. Sollte in Zukunft ein weiteres Gerät beschafft werden, dann wird auf eine bessere Darstellung, wie z. B. bei den aufgebauten Geräten in Börstingen oder Felldorf, geachtet.

Winterdienst

Der Vorsitzende führt aus, dass aus seiner Sicht der Winterdienst durch den Bauhof im Zuge der schneereichen Tage im Januar 2021 insgesamt gut funktioniert habe, zumal einige Mitarbeiter zum ersten Mal diese Tätigkeit in Starzach ausgeübt haben. Man könne bestimmte Dinge grundsätzlich immer besser machen und aus Fehlern lernen. Er appelliert an die Bevölkerung, bei vorhandenen Problemen oder bei Anregungen diese grundsätzlich sachlich und offen gegenüber der Verwaltung zu kommunizieren. Anonyme Meldungen sollten unterlassen werden, da hierauf nicht geantwortet werden kann. Außerdem sollten auch die im Einsatz befindlichen Mitarbeiter der Gemeinde nicht einfach während der Ausübung der Tätigkeit angehalten und anschließend auch noch beschimpft werden. Dies sei im Rahmen des Winterdienst-Einsatzes im Januar 2021 geschehen.

Projekt „Förderung der Schwimmfähigkeit von Kindern“

Bürgermeister Noé bezieht sich auf eine Vereinbarung mehrerer Kommunen in der Raumschaft Rottenburg bezüglich des Projektes „Förderung der Schwimmfähigkeit von Kindern.“ Man habe sich im Rahmen des Projektes auf eine soziale Unterstützung geeinigt. Die Gemeinde Starzach unterstützt das Projekt in den kommenden 3 Jahren jeweils mit einem Zuschuss von 1.000 € pro Jahr.

Veröffentlichungen im Starzach-Boten

Der Vorsitzende führt aus, dass sich die Verwaltung bei Anzeigenschaltungen und Berichten im Starzach-Boten, insbesondere bei Berichten von Gemeinderatsfraktionen, grundsätzlich nicht einmischt, sofern keine strafrechtlichen Konsequenzen daraus abzuleiten sind. Es werden keinerlei Stellungnahmen, Richtigstellungen oder Gegendarstellungen von der Verwaltung veröffentlicht. Die Verfasser tragen für ihre eingestellten Berichte alleine die Verantwortung. Die Verwaltung informiert die Bevölkerung regelmäßig über die aktuellen Sachthemen über den Starzach-Boten oder die Homepage der Gemeinde. Bei laufenden Projekten bzw. Maßnahmen erfolgt von Seiten der Verwaltung erst dann eine Information, wenn alle Zahlen, Daten und Fakten belastbar sind.

Private DSL-Anschlüsse

Auf Grundlage einer Anfrage von GR Thomas Hertkorn aus der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 30.11.2021 antwortet der Vorsitzende, dass mittlerweile der Mangel behoben sei und die betreffenden Gebäudeeigentümer einen funktionierenden Telekommunikationsanschluss bekommen haben.

Brand Bahnhof Eyach

Hinsichtlich des Brandes auf einem gewerblichen Grundstück am Bahnhof Eyach vom 29.06.2019 hat das zuständige Gericht mittlerweile einen Sachverständigen eingeschaltet. Voraussichtlich bis zum 30.06.2021 wird ein entsprechendes Gutachten vorliegen. Sobald neue Erkenntnisse vorliegen wird der Vorsitzende das Gremium und die Öffentlichkeit informieren.

Klausurtagung zum Thema Grundschulerweiterung

Die Fraktion „Zukunft.Starzach“ hat eine Klausurtagung zum Thema Grundschulerweiterung beantragt. Die Verwaltung unterstützt den Antrag grundsätzlich und wird klären, in welcher Form (Präsenzsitzung, Hybridsitzung, Videokonferenz) die Tagung stattfinden kann.

Kurzarbeit

Bürgermeister Noé informiert das Gremium, dass für einen Teil der Beschäftigten der Gemeinde Kurzarbeit beantragt und auch bewilligt wurde.

Benutzungsgebühren Ganztageschule und Kindertagesstätten

Der Vorsitzende führt aus, dass infolge der Schließungen der Kindertagesstätten im Zusammenhang mit der Corona-Pandemie die Benutzungsgebühren von Seiten der Eltern für den Monat Januar 2021 noch eingezogen wurden. Für den Monat Februar 2021 wurde der Einzug ausgesetzt. Ministerpräsident Kretschmann hat signalisiert, dass 80% der Gebührenauffälle vom Land Baden-Württemberg den Kommunen ersetzt werden sollen. Eine entsprechende Beschlussfassung steht jedoch noch aus. Die Verwaltung wird im Zusammenhang mit der Beratung und Beschlussfassung des Haushaltsplans 2021 die Thematik auf die Tagesordnung nehmen und ggfs. einen Erlass der Gebühren für den Zeitraum der Schließungen vorschlagen.

Erweiterung Steinbruch Rottenburg-Frommenhausen

Hinsichtlich der Erweiterung des Steinbruches wird derzeit ein Verfahren nach Bundesimmissionsschutzgesetz durchgeführt. Die entsprechenden Unterlagen hat die Verwaltung gesichtet. Im Rahmen der Erweiterung wird es voraussichtlich zu anderen Betriebszeiten und zusätzlichem Verkehr von bzw. zum Steinbruch kommen. Die geforderten Schallschutzwerte können voraussichtlich eingehalten werden. Es ist auch nicht ersichtlich, dass mehr Straßenverkehr auf Gemarkung Starzach entstehen wird.

Sanierung Waldweg im Teilort Börstingen

Auf Anfrage von GR Hubert Lohmiller in der öffentlichen Gemeinderatssitzung vom 23.11.2021 hat der Vorsitzende den Kontakt zur Revierförsterin Stroh gesucht. Frau Stroh hat sich daraufhin ein Angebot zur Sanierung bei einer Fachfirma eingeholt. Um den Waldweg zu ertüchtigen, würden gemäß einer Schätzung Kosten von ca. 2.600 € entstehen. Eine Beauftragung werde er erst vornehmen, wenn der Haushaltsplan 2021 mit Waldhaushalt 2021 rechtskräftig ist.

Ausschilderung Radweg im Bereich Gewerbegebiet Starzach

Die Ausschilderung der Radwegeführung durch das Gewerbegebiet Starzach wurde verbessert. Dies war notwendig aufgrund von Sichtbehinderungen infolge von parkenden Lkw's. Die neue Ausschilderung sei nach seiner Wahrnehmung klar und eindeutig. Aufgefallen sei ihm in diesem Zusammenhang, dass Pfosten auf Gemeindeflächen ohne vorherige Abstimmung aufgebaut wurden. Er werde mit den Verursachern Kontakt aufnehmen.

Backküche Wachendorf

Seit dem 01.02.2021 wird die Backküche Wachendorf wieder betrieben. Frau Witt-Geiges und Herr Drössel betreiben die Backküche im Wechsel.

Straßenbeleuchtung im Wohn- und Freizeitgebiet Holzwiesen

Die Masten für die neue Straßenbeleuchtung werden voraussichtlich Mitte März 2021 eintreffen, sodass die Beleuchtung im März/April installiert werden kann. Der Vorwurf, die Verwaltung hätte eine rechtzeitige Bestellung vergessen bzw. versäumt, stimme nicht. Eine Bestellung konnte erst nach Erhalt eines Bescheides zur Förderung der Ertüchtigung der Straßenbeleuchtung in Auftrag gegeben werden, da keine vorzeitige Baufreigabe vom Fördergeber gewährt wurde. Andernfalls wären die beantragten Fördermittel verloren gewesen.

Landessanierungsprogramm

Bürgermeister Noé informiert das Gremium, dass der Förderrahmen für das Sanierungsgebiet „Ortsmitten“ (Landessanierungsprogramm) um weitere 200.000 € aufgestockt wird. Eine entsprechende Mitteilung habe die Verwaltung vom zuständigen Wirtschaftsministerium erhalten.

Neuaufnahme/Umschuldung Darlehen

Die in der Haushaltssatzung 2020 eingestellte Kreditemächtigung in Höhe von 250.000 € wurde in Anspruch genommen. Der Gemeinderat hat die Verwaltung in der Sitzung vom 23.11.2020 mit dem Abschluss eines Darlehensvertrages beauftragt. Es wurde ein Darlehensvertrag mit der LBBW über 250.000 € abgeschlossen. Der effektive Zinssatz liegt bei 0,15% per anno und somit nochmals 0,05 Prozentpunkte unter der Annahme im Monat November 2020.

Ein bestehendes KfW-Darlehen wird zum 15.02.2021 umgeschuldet. Die Restdarlehenssumme beträgt 30.677,38 €, der neue effektive Zinssatz beträgt 0,01% (bisher: 3,05%).

Nahversorgung Wachendorf

Der Vorsitzende hat mit Familie Seifer vereinbart, dass voraussichtlich ab 04.03.2021 ein wöchentlicher Verkauf im Hirtenbrünnele im Teilort Wachendorf, donnerstags zwischen 9 Uhr und 11 Uhr, stattfinden wird. Im Starzach-Boten wird dies noch bekannt gegeben.

Anfragen Gemeinderäte

GR Michael Volk spricht einen Presseartikel an, welcher die Überlastung des deutschen Stromnetzes thematisiert. Er möchte wissen was passiert, wenn regional der Bedarf zu groß werde und infolge dessen Stromausfälle zu Stande kommen.

Bürgermeister Noé antwortet, dass diese Thematik bereits seit längerem bekannt sei. Je mehr Strom aus erneuerbaren Energien eingespeist wird, desto volatiler werde das Stromnetz. Die Folge sei, dass Atom- und Kohlestrom die Spitzenzeiten stützen müssen. Man müsse zum einen darauf hinwirken, dass die Nord-Süd-Stromtrassen ausgebaut werden und dass die dezentrale Stromeinspeisung forciert werde.

GR Rolf Pfeffer spricht sich für einen „runden Tisch“ bezüglich der Ärzteversorgung in Starzach aus, da sämtliche Starzacher Unternehmen im medizinischen oder therapeutischen Bereich miteinbezogen werden sollten. Dahingehend habe er bereits eine Interessensbekundung wahrgenommen.

Bürgermeister Noé spricht sich gegen diese Vorgehensweise aus. Die Thematik sei hinreichend bekannt und er stehe ständig in Kontakt mit den Starzacher Unternehmen. Eine Interessensbekundung könne gerne an die Verwaltung gerichtet werden, er werde dann Kontakt aufnehmen.